

BRIEF Adressat: Spahn, Karliczek

LOGOWOLKE

Für schnellen und weltweiten Zugang zu Diagnostika, Impfstoffen und Therapeutika gegen COVID-19

Sehr geehrter Herr Bundesminister/ Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

angesichts der gravierenden Entwicklung der COVID-19-Pandemie zeigt sich, wie wichtig eine rasche Entwicklung und Verfügbarkeit von wirksamen Impfstoffen und Medikamenten sowie schnelle und einfach handhabbare Tests für eine effiziente Eindämmung sind.

Wir appellieren mit diesem Schreiben an Sie, sicherzustellen, dass Impfstoffe, Therapeutika und medizinische Versorgung für alle Menschen gleichermaßen zugänglich und in ausreichender Menge verfügbar sind, zu Preisen, die alle bezahlen können.

Der Zugang muss sich daran orientieren, wo weltweit der dringendste Bedarf besteht, mit der notwendigen Priorität für medizinisches Personal und für besonders gefährdete und vulnerable Bevölkerungsgruppen. Dies muss für alle neu erforschten Impfstoffe und Medikamente, sowie für bereits erhältliche Wirkstoffe gelten, die aktuell zur Behandlung von COVID-19 getestet werden.

Die Produktion von neuen Impfstoffen, Diagnostika und Therapien muss deshalb verschiedenen Herstellern weltweit ermöglicht werden, damit der enorme globale Bedarf schnell und über Grenzen hinweg gedeckt werden kann. Exklusive Lizenzrechte und Monopole durch Patente einzelner Hersteller erschweren dies, da sie zu hohen Preisen und Lieferengpässen führen können. Dies widerspricht dem Menschenrecht auf Gesundheit und gefährdet Menschenleben. Auch werden einzelne große Hersteller allein nicht in der Lage sein, die global benötigten Mengen schnell bereitzustellen. Dies könnte angesichts der derzeitigen Entwicklung zu einer existenziellen Bedrohung für die öffentliche Gesundheit werden.

Die Bundesregierung unternimmt mit der Bereitstellung von zusätzlichen Forschungsgeldern in Höhe von 145 Millionen Euro bereits große Anstrengungen, um eine schnelle Impfstoffentwicklung zu ermöglichen. Wir begrüßen das ausdrücklich! Vor dem Hintergrund des massiven Anteils an öffentlichen Geldern muss jedoch eine Monopolisierung bei der Herstellung und Preissetzung unbedingt vermieden werden.

Wir fordern die Bundesregierung daher dringend auf, im Rahmen ihrer aktuellen Bemühungen zur Beschleunigung der Corona (COVID-19) Forschung, Bedingungen an die Vergabe von Forschungsgeldern zu koppeln, sodass der allgemeine Zugang zu Forschungsergebnissen sichergestellt ist. Hierzu gehört insbesondere, dass auf die Vergabe exklusiver Lizenzrechte für einzelne Hersteller verzichtet wird und stattdessen sogenannte "Equitable Licensing"-Modelle zur Anwendung kommen. Zudem muss Transparenz über Art und Umfang der öffentlichen Förderung für die COVID-19-Forschung hergestellt werden.

In diesem Zusammenhang müssen die deutlich erhöhten Mittel für die “Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI)” auch mit einem verstärkten Engagement der Bundesregierung für strikte Zugangsbestimmungen im Rahmen von CEPI einhergehen.

Auch bezüglich bereits vorhandener Wirkstoffe, die sich für die Behandlung von COVID-19 als effektiv erweisen könnten, muss die Bundesregierung ihre Eingriffsmöglichkeiten nutzen, wenn die benötigten Mengen beispielsweise aufgrund von Patenten einzelner Unternehmen nicht bereitgestellt werden können oder hohe Preise einer angemessenen Versorgung von Bevölkerungen im Wege stehen. Hier sind die im Welthandelsrecht verbrieften Möglichkeiten zum Schutz der öffentlichen Gesundheit, insbesondere die Erteilung von Zwangslizenzen oder das Aussetzen von Patenten, wie jüngst in den Änderungen des Infektionsschutzgesetzes deutlich gemacht, essenziell.

Die Bundesregierung sollte auch andere Länder, vor allem im globalen Süden, darin unterstützen, entsprechende Vorkehrungen für eine solche Anwendung zu treffen. Im Zusammenwirken mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Technologien, Daten und Expertise ausgetauscht und konkrete Maßnahmen für einen universellen Zugang zu Diagnostika, Impfstoffen und Medikamenten zur Vorbeugung und Behandlung von COVID-19 getroffen werden. Weiterhin muss sich die Bundesregierung mit der Europäischen Union und der WHO koordinieren, um benötigte Produktionskapazitäten auszubauen und Risiken durch Lieferengpässe zu vermeiden.

Darüber hinaus muss garantiert werden, dass Humanitäre Hilfe auch weiterhin in Form von Hilfsgütern und –personal dort zum Einsatz kommen kann, wo sie am dringendsten gebraucht wird, um auch in Krisensituationen eine Versorgung gefährdeter Bevölkerungsgruppen zu unterstützen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte in ihrer Ansprache an die Bürgerinnen und Bürger am 13. März 2020, dass die Bundesregierung alles tun werde „was notwendig ist, damit wir durch diese Krise möglichst gut hindurchkommen“. Deutschland muss als international angesehener Vorreiter für globale Gesundheit auch eine starke globale Solidarität und Verantwortung signalisieren. Wir appellieren an Sie, sich mit allen politischen und gesetzgeberischen Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass Menschen beim Bewältigen der globalen Herausforderung nicht benachteiligt werden. Ohne konkrete Maßnahmen für den Zugang zu Impfstoffen, Medikamenten und Diagnostika besteht die Gefahr, dass Menschen weltweit, vor allem aber in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen nicht ausreichend geschützt sind.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung. Wenden Sie sich dazu bitte an Peter Wiessner, Aktionsbündnis gegen AIDS, E-Mail: wiessner@aid-kampagne.de.

Ein Schreiben gleichen Wortlautes wurde an Frau Bundesministerin Karliczek / Herrn Bundesminister Spahn gesandt.

Mit freundlichen Grüßen,

die im Folgenden zeichnenden Organisationen:

Hier Organisationsnamen, Name CEO, Funktion und CEO Unterschrift

Unterschrift

Name, Funktion, Organisation

Unterschrift

Name, Funktion, Organisation